

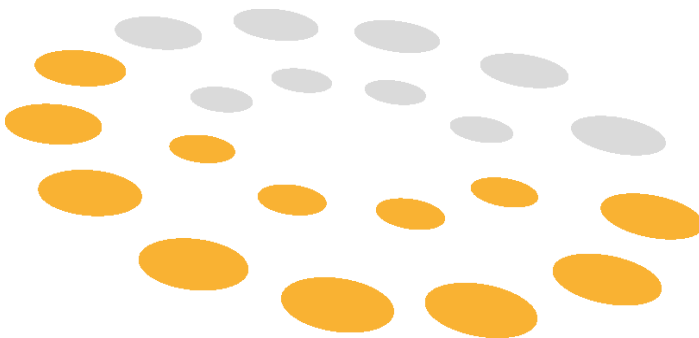
---

# **Sicher leben – Sicher fühlen**

## **Für ein sicheres Rheinland-Pfalz**

---

**Forderungen der CDU-Landtagsfraktion  
Rheinland-Pfalz zur Gewährleistung der Inneren  
Sicherheit und des Schutzes der Bürgerinnen und  
Bürger in unserem Land**



## Sehr geehrte Damen und Herren,

sicher sein – zu Hause, auf Straßen, bei Festen und Großveranstaltungen, in Städten und in Gemeinden. Wir wollen, dass Menschen ihr Leben in Freiheit gestalten können. Die jüngsten Terroranschläge von Paris haben nicht nur die französische Hauptstadt zur Zielscheibe gemacht. Sie treffen mitten in unseren Alltag, in Deutschland, in Europa.

„Kann das, was dort geschehen ist, auch vor meiner Haustür passieren?“ Das fragen viele Bürgerinnen und Bürger mit großer Sorge. Die Sicherheit in unserem Land ist für die CDU-Fraktion ein Auftrag. Der Auftrag, konsequent auf die Einhaltung der Regeln unseres Rechtsstaates zu achten. Es ist wichtig, dass die Menschen auf die Sicherheitsbehörden im Land vertrauen können.

Dafür ist eine gute Personal- und Mittelausstattung von Polizei, Nachrichtendiensten und Verfassungsschutz unerlässlich. Nur so sind diese in der Lage, potenzielle Täter frühzeitig aufzuspüren und etwaige Anschläge zu verhindern – auch wenn wir alle wissen, dass es in einer freien Gesellschaft keine hundertprozentige Sicherheit geben kann.

Dazu sind auch verdeckte Ermittler und Informanten nötig. Eine verantwortungsvolle Verbindungsdatenspeicherung und Schleierfahndung sind nicht als Zumutungen für die Bürger gedacht, sondern als Instrumente für mehr Sicherheit.

Die CDU-Landtagsfraktion steht in fortwährendem Dialog mit Verantwortlichen und mit Experten. Die Innere Sicherheit ist ein Kernfeld unseres landespolitischen Handelns. Das zeigt sich auch an der Vielzahl unserer Initiativen im Landtag.

Wir setzen Vertrauen in eine verantwortungsvolle Polizei und unabhängige Justiz. Polizisten verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung bei den schwierigen Aufgaben, denen sie im täglichen Dienst gerecht

werden müssen. Wir fordern nicht nur eine bessere Ausstattung der Polizei, sondern auch des Verfassungsschutzes. Alle diesbezüglichen Anträge im

Landtag hat Rot-Grün auch jüngst wieder abgelehnt. Das ist in hohem Maße unverantwortlich.

Auch für andere wichtige Themenfelder der Inneren Sicherheit wie ´Gewalt gegen Polizisten´ oder der ´Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen´ gilt: Wir packen die Themen an und bringen eigene Lösungsvorschläge in die politische Debatte ein. Wer Hilfskräfte angreift und die Staatsmacht nicht respektiert, muss mit konsequenten Strafen rechnen.

Ein wichtiges Anliegen ist uns die Verbesserung der Arbeitsbelastung von Polizistinnen und Polizisten. Sie schieben 1,7 Mio. Überstunden vor sich her, weil die Personalausstattung zu dünn ist.

Mit unserer Broschüre wollen wir Ihnen einen umfassenden Überblick über unsere Positionen geben. Im Anhang finden Sie unsere Parlamentsanträge aufgelistet, auf die wir in der Broschüre immer wieder Bezug nehmen.

Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit. Dafür müssen wir in Politik und Gesellschaft gemeinsam sorgen.

Herzlichst,  
Ihre



Julia Klöckner, MdL  
Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion  
Rheinland-Pfalz

Ihr



Matthias Lammert, MdL  
Innenpolitischer Sprecher  
CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

# Inhaltsverzeichnis

<b>A.</b>	<b>VERBESSERUNG DER SITUATION DER RHEINLAND-PFÄLZISCHEN POLIZEI</b>	<b>1</b>
<b>I.</b>	<b>Ausgangslage</b>	<b>1</b>
<b>II.</b>	<b>Problemfelder</b>	<b>2</b>
1.	Personalstärke	2
2.	Überstunden	4
3.	Gewalt gegen Polizisten	4
4.	Krankheit und Dienstunfähigkeit	6
5.	Beförderungs- und Besoldungssituation	7
<b>B.</b>	<b>VERBESSERUNGEN BEI DEN FAHNDUNGSMAßNAHMEN UND DER SACHLICHEN AUSSTATTUNG</b>	<b>8</b>
<b>I.</b>	<b>Verbesserungen bei den Fahndungsmaßnahmen</b>	<b>8</b>
1.	Videoüberwachung	8
2.	Vorratsdatenspeicherung mit Bedacht umsetzen	8
<b>II.</b>	<b>Sachliche Ausstattung verbessern</b>	<b>9</b>
1.	Verbesserung bei der Grundausstattung	9
2.	Technische Ausstattung	10
3.	Schutzwesten	10
4.	Einsatzmittel	11
<b>C.</b>	<b>MAßNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER WOHNUNGSEINBRÜCHE IN RHEINLAND-PFALZ</b>	<b>12</b>
<b>I.</b>	<b>Ausgangslage</b>	<b>12</b>
1.	Bildung von Kommissariaten „Bandenkriminalität“	13
2.	Gezielte Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen	13
3.	Priorität der Tatortarbeit	14
4.	Verstärkung der Präventionsarbeit	14
5.	Einsatz von Früherkennungssystemen	15
6.	Bildung einer landesweiten Koordinierungsstelle	15
7.	Steuerliche und finanzielle Förderung der Einbruchssicherung	16
8.	Änderungen im Baurecht	16
9.	Verschärfung des Strafrechts	17

<b>D.</b>	<b>EFFEKTIVER KAMPF GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS</b>	<b>18</b>
<b>I.</b>	<b>Ausgangslage</b>	<b>18</b>
<b>II.</b>	<b>Unsere Forderungen im Einzelnen</b>	<b>19</b>
1.	Zahlreiche Forderungen der CDU-Landtagsfraktion bereits auf Bundesebene umgesetzt	19
2.	Dialog fördern und Aufklärung gegen Islamismus vorantreiben	19
3.	Präventionsnetzwerke mit Beratungsstellen für Angehörige und Programme zum Ausstieg aus dem Salafismus schaffen	19
4.	Maßnahmen im Bildungsbereich	21
5.	Außerschulische Jugend- und Sozialarbeit	21
6.	Kommunale Strukturen schaffen und vernetzen	22
7.	Wiedereinführung der Strafbarkeit des Werbens für in- und ausländische terroristische Vereinigungen	22
8.	Terroristen die finanziellen Grundlagen entziehen	22
9.	Entzug der Staatsangehörigkeit	23
10.	Verbesserung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit	23
<b>III.</b>	<b>Fazit</b>	<b>24</b>
<b>E.</b>	<b>DIE CDU-LANDTAGSFRAKTION ALS TREIBENDE KRAFT BEI DER 25. GEWÄHRLEISTUNG DER „INNEREN SICHERHEIT“</b>	
<b>F.</b>	<b>PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN DER CDU-LANDTAGSFRAKTION IN DER 16. WAHLPERIODE IM BEREICH INNERES, POLIZEI UND RETTUNGSDIENSTE</b>	<b>26</b>



## A. Verbesserung der Situation der rheinland-pfälzischen Polizei

### I. Ausgangslage

Deutschland und Rheinland-Pfalz sind sichere Länder, aber die Lage ist so ernst wie schon lange nicht mehr. Zunehmende Wohnungseinbrüche, steigende Gewalt und Gefährdung durch radikale Islamisten, notwendige personalintensive Schutzmaßnahmen für Flüchtlingsunterkünfte, wachsender Überstundenberg und Krankenstand sowie personelle Unterbesetzung bei unserer Polizei sind nur einige Stichworte. Bereits jetzt macht sich bemerkbar, dass der **Personalabbau bei der Polizei** durch die Landesregierung zu einer Schwächung der Sicherheitslage in unserem Land führt. Aber auch die leider notwendige Bewachung der Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber hat dazu geführt, dass die Landesregierung über 100 Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizei abgeordnet hat, und die Zahl wird weiter steigen. Angesichts der dramatischen Personalsituation stehen für großangelegte Fahndungs- und Kontrolleinsätze, insbesondere im Kampf gegen die hohe Zahl der Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz, keine Polizistinnen und Polizisten mehr zu Verfügung. Die Innere Sicherheit darf nicht sehenden Auges aufs Spiel gesetzt werden, denn wer in die Polizei rein hört, mit Experten spricht und sich mit den Fakten beschäftigt, weiß die Alarmsignale zu deuten: Es ist höchste Zeit zum umsteuern.

**Immer neue Einsparungen bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs** (große Musikfestivals, Fußball- und andere Sportveranstaltungen, Terrorismusbekämpfung etc.) führen bei den Polizeibeamtinnen und -beamten des Landes zu erheblichen Belastungen. Langfristig wird sich das auch auf die Sicherheitslage auswirken, wenn die Landesregierung nicht bereit ist, sich den Personalproblemen bei der Polizei zu stellen. Die personelle Situation bei der Polizei hat auch konkrete Auswirkungen auf die Entwicklung der Zahl der Straftaten in unserem Land. Gerade die von den Bürgerinnen und Bürgern als besonders gravierend empfundenen Wohnungseinbruchdiebstähle haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Es zeichnet sich bereits ab, dass die Wohnungseinbrüche im Jahr

2015 im Vergleich zum Vorjahr deutlich ansteigen. Allein in den ersten drei Quartalen 2015 sind die Fallzahlen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um rd. 17 Prozent gestiegen. Das ist angesichts des Personalabbaus bei der rheinland-pfälzischen Polizei nicht weiter verwunderlich.

## II. Problemfelder

### 1. Personalstärke

Die rheinland-pfälzische Polizei ist nach wie vor unterbesetzt. Zwar verrichten etwa 9.200 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in unserem Land ihren Dienst. Rechnet man aber die Teilzeitbeschäftigten mit ein, so verfügen wir **lediglich über 8.800 volle Stellen** in unserem Land (sog. Vollzeitäquivalente). Und diese Zahl wird im kommenden Jahr **auf 8.700 weiter sinken**, obwohl sich die Polizei wachsenden Herausforderungen – wie den immer mehr zunehmenden Wohnungseinbrüchen und der Gewährleistung der Sicherheit der Asylbewerber in unserem Land gegenübersteht. Knapp 100 Beamtinnen und Beamten wurden deshalb von der Bereitschaftspolizei, die eigentlich für besondere Einsatzlagen zuständig ist, dauerhaft zur Schutzpolizei abgeordnet. Die Folge ist, dass die **Bereitschaftspolizei in Zukunft ihre Einsatzfähigkeit** verliert und auf eine Vielzahl von bisher gewährleisteten Einsätzen wie Kontrollmaßnahmen beim Kampf gegen Wohnungseinbrüche, aber auch bei Großveranstaltungen nicht mehr zur Verfügung steht.

Die aktuellen Neueinstellungen von Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter reichen nicht aus, um die massiven Personalprobleme zu beheben. Alleine im vergangenen Jahr plante die Landesregierung mit 433 Abgängen, im Jahr 2015 werden über 400 Polizeibeamte/innen aus dem Dienst ausscheiden. Auch wenn die Landesregierung immer wieder hervorhebt, dass die derzeitigen Einstellungszahlen so hoch wie noch nie seien, verschweigt sie auf der anderen Seite, dass die **derzeitigen Einstellungen diese Abgänge nicht ausgleichen**. Und die Zahl der Abgänge wird in den kommenden Jahren sogar noch zunehmen. Im Jahr 2016 werden es 460 Polizeibeamte/innen sein. Wie es jüngst der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Benno Langenberger sagte: **„Die Polizei wurde in den vergangenen Jahren personell regelrecht an die Wand gespart und das lässt sich auch nicht durch die Schuldenbremse rechtfertigen“**.



### **Was wir wollen:**

Die CDU-Landtagsfraktion hat schon vor einigen Jahren gefordert, jährlich 450 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einzustellen, um die große Anzahl der Abgänge in den kommenden Jahren zu kompensieren. Dass die Landesregierung erst jetzt auf diese Entwicklung reagiert, ist fatal! Die von der Landesregierung angekündigten 25 Neueinstellungen in den Jahren 2015 und 50 im 2016 reichen nicht annähernd aus, um die fehlgeleitete Personalpolitik der vergangenen Jahre zu korrigieren. Denn bei der Zahl der Neueinstellungen muss immer wieder berücksichtigt werden, dass etwa 10 Prozent der Anwärtinnen und Anwärter die Ausbildung aus unterschiedlichen Gründen nicht beenden und deshalb nicht für den Polizeidienst zu Verfügung stehen.

Um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger auch in Zeiten neuer Herausforderungen für die Polizei wie dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu gewährleisten, müssen wir die **Personalsituation bei unserer Polizei deutlich verbessern**. Die CDU-Landtagsfraktion hält es deshalb, auch nach Rücksprache mit Sicherheitsfachleuten, für erforderlich, auf Dauer mindestens eine Personalstärke von **9.000 Vollzeitäquivalenten** sicherzustellen.

### **Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb,**

- in den kommenden Jahren 300 neue Stellen zu schaffen, um der oben genannten Entwicklung entgegenzuwirken,
- zu prüfen, in welchem Umfang die Kapazitäten der Landespolizeischule auf dem Hahn erweitert werden können und ggf. weiteres Lehrpersonal eingestellt werden muss, um auch die logistischen Voraussetzungen für die Neueinstellungen zu gewährleisten,
- die im Haushalt vorgesehenen Stellenplanobergrenzen auszuerschöpfen,
- die eingeplanten Stellen für Angestellte im Polizeibereich zu besetzen,
- die Polizei von polizeifremden Aufgaben zu entlasten (z.B. bei der Begleitung von Schwertransporten, Bewachung von Liegenschaften der Polizei etc.).

## 2. Überstunden

Auch bei der Entwicklung des Überstundenbergs hat sich bislang nicht viel zum Positiven geändert. Derzeit haben sich bei unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten über **1,7 Mio. Überstunden** (Stand Oktober 2015) angehäuft. **Seit der Regierungsübernahme durch die SPD im Jahr 1991 hat sich diese Zahl von damals 800.000 somit mehr als verdoppelt.** Durch den Druck der Polizeigewerkschaften und der CDU-Landtagsfraktion sah sich die Landesregierung Ende 2012 veranlasst, hier Lösungen zu erarbeiten. Zwar hat das Innenministerium Anfang des Jahres im Innenausschuss die Neuregelung der Mehrarbeit im Polizeibereich vorgestellt. Dabei wurde angekündigt, dass die vorhandenen Überstunden bei der Polizei nun auf einem Freizeitkonto eingefroren werden und somit nicht verfallen können. Trotzdem wird es aufgrund des hohen Arbeitspensums völlig unrealistisch sein, diesen Überstundenberg in Zukunft überhaupt abtragen zu können. Denn viele Beamten berichten, dass sie es nicht einmal schaffen, jährlich ihren Erholungsurlaub zu nehmen. Zudem wird die Personalsituation nun weiter verschärft, da durch die Neuregelung zahlreiche Beamtinnen und Beamten ihre Überstunden vor Pensionseintritt abbauen und somit faktisch früher in Pension gehen werden.

### Was wir wollen:

*Das „neue“ Freizeitkonto ist ein Etikettenschwindel, denn es ändert nichts an der Überlastung der Polizei. Spürbare Verbesserungen können nur durch eine Verbesserung der personellen Situation erreicht werden.*

## 3. Gewalt gegen Polizisten

Die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Der Deliktschlüssel „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ weist einen Anstieg von 900 Delikten im Jahr 2002 auf 1.188 im Jahr 2009 auf. Im Jahr 2011 wurden 1.297 Straftaten gegen Beamtinnen und Beamte begangen, darunter 232 Körperverletzungen. Die Gesamtzahl der Delikte stieg dann im Jahr 2012 um 18,1 Prozent auf 1.532 Delikte an, darunter 436 Körperverletzungen und zwei Morde. Diese Entwicklung setzte sich im Jahr 2013 mit 489 Körperverletzungen und somit einem weiteren Anstieg von 12,2 Prozent fort. Im Jahr 2014 stieg der Deliktbereich „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ von 778 Fälle im Vorjahr auf 886 Fälle an, ein **Anstieg von 13,9 Prozent.** Aber auch gegen

Feuerwehrlaute und Rettungskräfte und weitere Bedienstete des Öffentlichen Dienstes nehmen Gewalthandlungen und Übergriffe seit Jahren zu.

**Was wir wollen:**

*Wir dürfen nicht zulassen, dass die Übergriffe und der damit verbundene Respekt gegenüber unseren Polizeibeamten, Feuerwehrlauten und Rettungskräften, die nicht selten ihr Leben und ihre Gesundheit für das Wohl der Allgemeinheit riskieren, weiter zunehmen. Die Landesregierung hat auf die steigende Anzahl der Strafdelikte gegen die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten noch immer keine passenden Antworten gefunden. **Die CDU-Landtagsfraktion fordert seit Längerem sowohl Maßnahmen im präventiven als auch im repressiven Bereich.***

*Präventiv haben wir schon im vergangenen Jahr die Einführung von Body-Cams in einem Antrag (Drs. 16/3983) im Landtag gefordert, der jedoch von der rot-grünen Mehrheit abgelehnt wurde. Erst jetzt hat die Landesregierung eingesehen, wie erfolgreich deren Einsatz ist, wie Beispiele aus Hessen belegen, und ein Pilotprojekt gestartet. Außerdem muss das Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit verbessert werden. Dafür ist auch eine größere Wertschätzung durch den Dienstherren erforderlich. Die Einrichtung einer Polizeibeswerdestelle und einer Kennzeichnungspflicht erreichen aber genau das Gegenteil. Dadurch werden weitere Ressentiments gegenüber der Polizei hervorgerufen.*

*Im repressiven Bereich fordern wir einen **eigenen Straftatbestand bei Gewalt gegen Polizisten**. Die derzeitigen Gesetze reichen nicht aus, um die Taten angemessen zu bestrafen. Zudem ist offensichtlich und wurde uns auch bei einer Anhörung im Innenausschuss von Experten bestätigt, dass ein Schwerpunkt bei den Strafverfolgungsorganen gebildet werden muss, um diese Entwicklung zu stoppen. Auch hier sperrt sich Rot-Grün seit Jahren!*

*Das genannte Phänomen betrifft aber auch weitere Bereiche des Öffentlichen Dienstes. Z.B. gegenüber Lehrern und Bediensteten in Jobcentern ist ein drastischer Anstieg der Gewaltdelikte zu verzeichnen. Deshalb ist es notwendig, das Problem ganzheitlich zu betrachten und hier Lösungen zu erarbeiten.*

### **Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb:**

- die Einrichtung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften, damit Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zeitnah und effektiv geahndet werden kann,
- zur präventiven Bekämpfung von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten Body-Cams bei Polizeieinsätzen einzuführen,
- die Abschaffung der Polizeibeswerdestelle und Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten, die dem Ansehen der Polizei in der Bevölkerung geschadet haben,
- den Anteil der Beamtinnen und Beamten aus Zuwandererfamilien zu erhöhen, denn diese sind bei der rheinland-pfälzischen Polizei deutlich unterrepräsentiert: nur 2,5 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stammen aus Zuwandererfamilien, obwohl der Anteil von Migranten an der Landesbevölkerung 20 Prozent beträgt,
- die Einführung eines neuen Straftatbestandes bei tätlichen Angriffen auf Polizeibeamte bzw. Angestellte und andere Einsatzkräfte,
- die Entwicklung einer Anti-Gewalt-Strategie für den gesamten Öffentlichen Dienst.

### **4. Krankheit und Dienstunfähigkeit**

Gleichzeitig hat sich auch in den vergangenen Jahren die Zahl der dienstunfähigen sowie eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten seit 2008 weiter erhöht. Waren im Jahr 2008 noch 16 Beamtinnen und Beamten dienstunfähig und 859 eingeschränkt dienstfähig, waren es im Jahr 2013 28 bzw. 997 Beamtinnen und Beamten: das sind **mehr als zehn Prozent aller Polizeibeamten!**

#### **Was wir wollen:**

*Die CDU-Landtagsfraktion ist der festen Überzeugung, dass diese Zahlen vor allem auf die **ständig ansteigenden Belastungen** (Überstunden, steigende Einsatzstunden bei Großlagen, zahlreiche neue Aufgaben, z.B. im Bereich Terrorismus) zurückzuführen sind, denen die rheinland-pfälzischen Polizisten ausgesetzt sind. Diese These wird dadurch bestätigt, dass auch der Krankenstand in den letzten Jahren*

*weiter angestiegen ist: von durchschnittlich 6,83 Prozent im Jahr 2007 stieg er auf 7,66 Prozent im Jahr 2012 an. Wir wollen deshalb ein umfassendes Gesundheitsmanagement für die Polizei und den gesamten öffentlichen Dienst.*

## **5. Beförderungs- und Besoldungssituation**

Seit Jahren hat sich aufgrund der Personalpolitik der Landesregierung in der Polizei ein **großer Beförderungsstau** angehäuft. Dieser sorgt für viel Frust bei den Beamtinnen und Beamten, die aufgrund ihrer guten Leistungen bereits seit Jahren auf die ihnen zustehende Beförderung warten. Zudem hat Rot-Grün über viele Jahre die Beamtinnen und Beamten in unserem Land **nicht an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben** lassen und ihnen lediglich eine jährliche Besoldungserhöhung von ein Prozent zugesprochen.

### **Was wir wollen:**

*Wir fordern eine **Regelbeförderung** von den Besoldungsgruppen A9 nach A10 und eine Prüfung der Regelbeförderung von A10 nach A11. Zudem fordern wir die Ausschöpfung der im Haushalt vorgesehenen **Stellenplanobergrenzen** und die Übernahme der **Tarifabschlüsse** für den öffentlichen Dienst auch für die die Beamtinnen und Beamten in unserem Land. Zudem wollen wir eine **funktionsgerechte Bezahlung** und Beförderung.*

*Funktionsträger müssen auch zeitnah die entsprechende Beförderung erhalten, z.B. bei einem Einsatz als Dienstgruppenleiter oder Kommissariatsleiter.*

## B. Verbesserungen bei den Fahndungsmaßnahmen und der sachlichen Ausstattung

### I. Verbesserungen bei den Fahndungsmaßnahmen

#### 1. Videoüberwachung

Gerade an Brennpunkten kann eine Videoüberwachung abschreckend auf potentielle Täter wirken und diese somit von Taten abhalten. Selbstverständlich müssen dabei immer wieder die Grundrechte der Bürger mit dem Sicherheitsinteresse des Staates abgewogen und Datenschutzbestimmungen beachtet werden. Die Erfahrungen belegen, dass eine **sichtbare Videoüberwachung zu einem spürbaren Rückgang von Straftaten** führen kann, aber auch Fahndungen deutlich erleichtert werden und Täter so zeitnah überführt werden können.

#### Was wir wollen:

*Wir wollen eine gezielte Videoüberwachung an Brennpunkten, die sich am Sicherheitsinteresse der Bürgerinnen und Bürger, aber auch an deren Interesse am Schutz ihrer Grundrechte orientiert.*

#### 2. Vorratsdatenspeicherung mit Bedacht umsetzen

Unser Land ist verpflichtet, seine Bevölkerung vor Gefahren für Leib und Leben zu schützen. Um diesen Schutz zu gewährleisten, muss immer wieder ein Ausgleich zwischen Sicherheitsanforderungen und Bürgerrechten erreicht werden. Dabei dürfen die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr als notwendig eingeschränkt werden.

In diesem Zusammenhang spielt im Rahmen des Kampfes gegen schwerste Formen der Kriminalität, aber auch gegen den internationalen Terrorismus auch in Deutschland die Diskussion über die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung eine wichtige Rolle. Aus Richtung der Polizei und von Fachleuten der Sicherheitsbehörden wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus den Behörden auch den Zugriff auf Daten Telekommunikationsanbieter zu ermöglichen, die diese für einen gewissen Zeitraum aufbewahrt haben. Denn diejenigen, die unsere Freiheit bedrohen, dürfen nicht gegenüber den staatlichen Sicherheitsbehörden im Vorteil

sein. Um die Bürgerrechte ausreichend zu schützen, muss unser Staat auf Augenhöhe für unseren Schutz gegen die eintreten können, die unsere freie Gesellschaft bekämpfen.

Die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung betrifft aber nicht nur Straftaten, die von Terroristen oder ähnlichen Tätern ausgehen, sondern insbesondere auch Sexualstraftaten. So kann auch in Fällen von Kinderpornographie die Speicherung von Verbindungsdaten beispielsweise die Ermittlung von etwaigen Hintermännern, Gehilfen, Lieferanten von Schusswaffen oder sonstiger Tatmittel erheblich erleichtern und verkürzen.

### **Was wir wollen:**

*Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt den Beschluss des Deutschen Bundestages zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung unter engen Voraussetzungen. Er orientiert sich an dem **klaren Rechtsrahmen**, den der Europäische Gerichtshof im vergangenen Jahr und das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 2. März 2010 klar vorgegeben haben und trifft eine sachgerechten Ausgleich zwischen den Grundrechten der Bürger und dem Interesse des Staates an einer effektiven Strafverfolgung in Fällen schwerster Kriminalität.*

## **II. Sachliche Ausstattung verbessern**

### **1. Verbesserung bei der Grundausrüstung**

Aus Polizeikreisen wird in letzter Zeit beklagt, dass es an einer ausreichenden Grundausrüstung der Polizeidienststellen im Land mangelt. Dies betrifft die für den täglichen Dienstgebrauch unersetzlichen sachlichen Mittel wie Papier oder Druckertoner.

### **Was wir wollen:**

*Es ist nicht hinnehmbar, dass die Polizei, die ohnehin aufgrund der personellen Engpässe stark überlastet ist, unzureichend mit sachlichen Mitteln, die zur Grundausrüstung gehören, ausgestattet ist. Dies erschwert die polizeiliche Arbeit zusätzlich. Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb, die **Grundausrüstung bei der Polizei zu gewährleisten**.*

## 2. Technische Ausstattung

Die Polizei ist derzeit nicht mit Smartphones ausgestattet. Diese wiederum bieten nicht nur den Vorteil, dass die Beamtinnen und Beamten im Einsatz Zugriff auf das Internet hätten, was die **Ermittlungsarbeit deutlich erleichtern** würde. Denn dadurch könnten aus dem Streifenwagen Abfragen durchgeführt werden. Zugleich würde durch deren Einsatz und die Möglichkeit der Bildübertragung auch die interne Kommunikation der Polizei deutlich vereinfacht.

### Was wir wollen:

*In Zeiten, in denen die Personalstärke bei der Polizei stetig abnimmt und diese an ihre Belastungsgrenzen stößt, sollten alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Polizeiarbeit zu erleichtern und diese somit zu entlasten. Auf der anderen Seite muss sie mit dem digitalen Fortschritt mithalten können. Deshalb sollte geprüft werden, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten **schrittweise mit Smartphones und Tablets auszustatten**. Dabei muss nicht nur eine sichere Datenübertragung sichergestellt werden, sondern den Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit eröffnet werden, auf zentrale webbasierte Anwendungen wie POLIS und ZEVIS zugreifen zu können. Tablets könnten so in Streifenwagen installiert und vernetzt werden, dass diese zukünftig als „mobile Polizeidienststelle“ fungieren können. Hier könnten dann bspw. direkt Zeugenaussagen erfasst werden, die nicht mehr wie bisher erst handschriftlich und dann später in der Dienststelle auf den PC eingetippt werden müssen.*

## 3. Schutzwesten

Messerangriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte haben in der Vergangenheit stetig zugenommen. Auch wenn dies öffentlich wenig thematisiert wird, gehören solche Angriffe zu den gefährlichsten überhaupt. Die Polizei ist gegen solche Angriffe aber derzeit nur unzureichend geschützt. Insbesondere die derzeitigen Schutzwesten bieten vor Messerangriffen keinen ausreichenden Schutz.

### Was wir wollen:

*Zum Schutz unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten soll sichergestellt werden, dass die Schutzwesten einen effektiven Schutz vor Messerangriffen bieten. Hier könnten die Schutzwesten z. B. **mit neuen Modulen nachgerüstet** werden.*



#### **4. Einsatzmittel**

Der Anstieg der Messerangriffe hat aber auch Auswirkungen auf die Frage, ob die Polizei in unserem Land auch mit den richtigen Einsatzmitteln für die entsprechenden Einsatzlagen ausgestattet ist. Leider mussten Polizeibeamte aus Gründen des Selbstschutzes bei solchen Angriffen auch schon zur Schusswaffe greifen. Seitens der Polizeigewerkschaften wird deshalb ein neues Einsatzmittel gefordert, dass die derzeitige Lücke zwischen Pfefferspray und Waffe schließen soll. Neben einem Elektroimpulsgerät, welches in vielen europäischen Ländern für die genannten Einsatzlagen mit großem Erfolg und geringer Verletzungsquote eingesetzt wird, sind aber auch weitere Alternativen denkbar, beispielsweise Gummigeschosse.

##### **Was wir wollen:**

*Wir fordern eine umfassende Prüfung, inwieweit ein **neues Einsatzmittel** zwischen Pfefferspray und Schusswaffe geeignet wäre, den Schutz der im Einsatz befindlichen Beamtinnen und Beamten, aber auch der vom Einsatz Betroffenen zu verbessern.*

## C. Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz

### I. Ausgangslage

Die Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz sind in den letzten Jahren stetig angestiegen. Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2014 bleibt die Zahl der Delikte in diesem Bereich **mit 5.819 Fällen auf hohem Niveau**. In den ländlichen Regionen unseres Landes haben die Wohnungseinbrüche sogar zugenommen: Im Polizeipräsidium Koblenz stieg die Zahl der Wohnungseinbrüche um 3,7 Prozent, im Polizeipräsidium Westpfalz sogar um 11 Prozent. Auch die eingegangenen Anzeigen im Jahr 2014 sind im Vergleich zum Vorjahr drastisch gestiegen. Zudem zeigt sich schon jetzt eine dramatische Zunahme im Jahr 2015: Allein in den ersten drei Quartalen 2015 sind die Fallzahlen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 17,7 Prozent gestiegen.

Gleichzeitig ist die **Aufklärungsquote** bei den Wohnungseinbrüchen im Jahr 2014 im Vergleich zum Jahr 2013 von 15,7 Prozent auf einen historischen Tiefstand von 13,9 Prozent, in der Stadt Mainz sogar von 20,5 Prozent in 2010 auf 6,1 Prozent gesunken.

Wohnungseinbruchsdiebstahl ist auch in Rheinland-Pfalz zu einem großen Teil **Bandendiebstahl**. Es existieren organisierte Banden, meist aus Ost und Südosteuropa, die sich hier nur einige Wochen aufhalten. Bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen ist der Anteil von jenen Personen mit Wohnsitz im Ausland oder ohne festen Wohnsitz bzw. mit unbekanntem Wohnsitz mit Werten von 47,1 Prozent in 2013 und 43,2 Prozent in 2014 sehr hoch; dieser Anteil lag 2009 noch bei 28,8 Prozent. Trotz dahingehender Unterstellungen aus dem rechtspolitischen Lager hat hingegen nur ein sehr geringer Anteil von 5 Prozent der nichtdeutschen Täter den Status eines Asylbewerbers.

Trotz dieser Entwicklung hat die Landesregierung kontinuierlich die Anzahl der Vollzeitstellen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten abgebaut. Eine intensive Ermittlungsarbeit in diesem Bereich, die gerade bei der Verfolgung von

Wohnungseinbrüchen sehr viel Personal bindet, wird so in vielen Fällen unmöglich gemacht. Es müssen deshalb verschiedene präventive, aber auch repressive Maßnahmen ergriffen werden, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

## 1. Bildung von Kommissariaten „Bandenkriminalität“

Die Erfahrungen in anderen Bundesländern, wie beispielsweise Baden-Württemberg haben gezeigt, dass gerade im Bereich der Wohnungseinbrüche die Bildung von Schwerpunktarbeitsgruppen sinnvoll ist, um **Fachwissen zu bündeln**. Da insbesondere die Bandenkriminalität bei den Wohnungseinbrüchen in den letzten Jahren stark zugenommen hat, ist eine überregionale Bekämpfung dieser Delikte dringend geboten. Die Erfahrungen im Polizeipräsidium Trier, in dem bereits eine Arbeitsgruppe mit dem Schwerpunkt Wohnungseinbrüche gebildet wurde belegen, dass hierdurch ein besserer Ermittlungserfolg gewährleistet werden kann. Gespräche mit Fachleuten zeigen aber auch, dass Schwerpunktarbeitsgruppen aufgrund ihrer losen Struktur Gefahr laufen, aufgrund des Personalmangels bei der Polizei schnell wieder aufgelöst zu werden. Hier gilt es, gegenzusteuern.

### Was wir wollen:

*In den Polizeipräsidien des Landes sollten die vom Innenministerium eingerichteten Schwerpunktarbeitsgruppen „Wohnungseinbrüche“ in ein Kommissariat „Bandenkriminalität“ umgebildet werden. Dadurch können **dauerhafte Strukturen** gebildet werden, durch die in Zukunft nicht nur die Bandenkriminalität im Bereich der Einbruchdelikte, sondern auch in anderen Deliktsbereichen effektiv bekämpft werden kann. Die Landesregierung hat bei der Bildung der derzeitigen Schwerpunktarbeitsgruppen Beamte aus anderen Kriminalinspektionen abgezogen, was dort die Personalsituation deutlich verschärft hat. Die Bildung von Schwerpunktdezernaten darf aber nicht dazu führen, dass anderorts, beispielsweise bei der Terrorismusbekämpfung oder in Bereichen der Organisierten Kriminalität, Personal fehlt.*

## 2. Gezielte Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen

Gerade in den Wintermonaten steigen die Straftaten im Bereich der Wohnungseinbrüche stark an. In dieser Jahreszeit ist es deshalb notwendig, intensive Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen durch die Polizei durchzuführen und

dabei gezielt Anreiserouten und Abreisewege der oftmals überregional agierenden Tätergruppen zu überwachen.

**Was wir wollen:**

*Die Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen im Bereich der Wohnungseinbrüche sollten verstärkt werden. Durch eine **Intensivierung der Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen** kann auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in den ländlichen Regionen unseres Landes, in den dunklen Wintermonaten gestärkt werden. In diesem Zusammenhang sollte auch der Streifendienst in den ländlichen Regionen zu dieser Jahreszeit verstärkt werden und die Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizei eingebunden werden, damit ausreichend personelle Kapazitäten zur Verfügung stehen. Dies ist aber nur möglich, wenn, wie von uns gefordert, weitere personelle Kapazitäten geschaffen und die Polizei auch an weiteren Stellen entlastet wird.*

**3. Priorität der Tatortarbeit**

Gerade bei der Verfolgung von Wohnungseinbrüchen ist es notwendig, eine intensive Spurensicherung und Spurensuche vorzunehmen. Diese kostet zwar meistens viel Zeit und Personaleinsatz, ist aber für den Ermittlungserfolg unabdingbar. Deshalb sollten in diesem Bereich mehr Spezialisten eingesetzt und der Tatortarbeit in allen Polizeipräsidien des Landes bei der Verfolgung von Wohnungseinbrüchen Priorität eingeräumt werden.

**Was wir wollen:**

*Der Tatortarbeit im Rahmen der Ermittlungen bei Wohnungseinbrüchen muss Priorität eingeräumt werden. Dies ist, wie auch bei der Verstärkung der Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen, jedoch nur mit mehr Personal bei der Polizei zu realisieren. Wir fordern deshalb, ausgehend von unserem Parlamentsantrag von Februar dieses Jahres, die Verfügungsstärke bei der Polizei zeitnah landesweit um weitere 300 Stellen zu erhöhen.*

**4. Verstärkung der Präventionsarbeit**

Durch die Kampagne „K-EINBRUCH“ der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) mit einem Tag des Einbruchschutzes wird auch in Rheinland-Pfalz bereits eine Präventionsarbeit in den Polizeipräsidien des

Landes geleistet. Die Präventionsarbeit sollte in diesem Bereich aber noch weiter ausgebaut werden. Als Beispiel kann hier der Landespräventionstag des Landes Hessen dienen, an dem eine breite Öffentlichkeit das Thema „Prävention gegen Wohnungseinbrüche“ herangeführt wird.

**Was wir wollen:**

*Wir wollen, dass noch mehr Präventionsarbeit in den Einzugsgebieten der jeweiligen Polizeidienststellen geleistet wird. Auch die **Einführung eines Länderpräventionstages** sollte in Betracht gezogen werden.*

## **5. Einsatz von Früherkennungssystemen**

In Baden-Württemberg wird derzeit der Einsatz des computergestützten Früherkennungssystems „Precobs“ erprobt. Dieses wird bereits in München und Nürnberg eingesetzt, wobei man auf Erfahrungen in Zürich zurückgreift. Dort sind nach Informationen der Presse die **Wohnungseinbrüche nach Einsatz der Software um bis zu 30 Prozent zurückgegangen**. Durch dieses System kann nach Auswertung von Massendaten das Tatmuster erkannt und frühzeitig gehandelt werden. Auch in Rheinland-Pfalz sollte, unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Regelungen, die Erprobung des Einsatzes dieser Software geprüft werden.

**Was wir wollen:**

*Der Einsatz von computergestützten Früherkennungssystemen ist gerade im Bereich der Ermittlungen bei Wohnungseinbrüchen sinnvoll, da die Bandesriminalität, aber auch die Serientäterschaft ein immer stärker zunehmendes Phänomen ist. Deshalb sollte auch in Rheinland-Pfalz der Einsatz solcher Systeme erprobt werden. Dies könnte zunächst im Rahmen eines Pilotprojektes durchgeführt werden.*

## **6. Bildung einer landesweiten Koordinierungsstelle**

Die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre belegen, dass im Rahmen von Wohnungseinbrüchen immer häufiger international agierende Banden tätig sind. Diese Strukturen erfordern eine landesweite Koordinierung, aber auch internationale Zusammenarbeit der Behörden.

### **Was wir wollen:**

Beim Landeskriminalamt (LKA) sollte eine Koordinierungsstelle für den Deliktbereich „Wohnungseinbrüche“ angesiedelt werden. Diese sollte die Aufgabe haben, länderübergreifend Informationen zu sammeln und auszuwerten. Insbesondere die Auswertung der eingegangenen Anzeigen und der Erkenntnisse aus den Ermittlungsverfahren können Bandenstrukturen erkennen lassen und so zu einer besseren Koordinierung der Ermittlungen führen.

## **7. Steuerliche und finanzielle Förderung der Einbruchssicherung**

Die Erfahrungen belegen, dass präventiver Schutz, insbesondere eine gute Einbruchssicherung der Wohnungen, die Einbrecher von ihren Taten abhalten. Denn diese haben ein Interesse daran, die Tat schnell auszuführen, um nicht entdeckt zu werden. Sind sie mit einbruchssicheren Türschlössern oder gut gesicherten Fenstern konfrontiert, lassen sie oftmals von ihren Taten ab. Diese Sicherungsmaßnahmen bringen jedoch für die Bürgerinnen und Bürger größere finanzielle Investitionen mit sich.

### **Was wir wollen:**

Um Anreize für einen besseren Einbruchsschutz zu schaffen, sollten Investitionen in die Einbruchssicherung deshalb **zukünftig besser steuerlich geltend gemacht** werden können. Anfang des Jahres hatte die CDU-Fraktion ein eigenes KfW-Programm „Einbruchsschutz“ gefordert, um die Wohnungsinhaber auch finanziell bei der Anschaffung zu unterstützen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat mittlerweile diese Anregung aufgegriffen und die **Einrichtung eines eigenen „KfW-Programmes“ Einbruchsschutz beschlossen**.

## **8. Änderungen im Baurecht**

In anderen europäischen Ländern wie den Niederlanden müssen seit 1999 neue Gebäude einbruchhemmend gebaut werden. Dadurch können unmittelbar die Chancen für erfolgreiche Einbrüche gesenkt werden.

### **Was wir wollen:**

Es sollte geprüft werden, in welcher Weise auch im rheinland-pfälzischen Baurecht Regelungen getroffen werden können, um bereits in Bau- und Umbauphasen ein-

bruchshemmende Maßnahmen zu ergreifen. Beispielsweise könnte hier der Einbau von einbruchssicheren Türschlössern gesetzlich vorgeschrieben werden.

## 9. Verschärfung des Strafrechts

Wohnungseinbrüche sind keine Kavaliersdelikte. Nicht nur die materiellen Schäden sind durch den Anstieg der Einbrüche in den zurückliegenden Jahren immer größer geworden, im Jahr 2013 sollen es eine halbe Milliarden Euro gewesen sein. Auch die psychischen Schäden für die Betroffenen wiegen schwer, denn das Gefühl, das Fremde in den innersten Bereich der Privatsphäre eingedrungen sind, führt bei den Betroffenen von **Schockzuständen bis zu schweren, behandlungsbedürftigen Belastungsstörungen**. Unser Staat ist deshalb gefordert, mit den präventiven, aber auch repressiven Wirkungen unseres Strafrechts ein deutliches Zeichen zu setzen.

Deshalb haben wir einen diesbezüglichen Antrag in den Landtag eingebracht.

### Was wir wollen:

*Das geltende Strafrecht sollte in der Weise verschärft werden, dass der **minder schwere Fall beim Wohnungseinbruch zukünftig wegfällt**. Dadurch kann ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass wir diesem Deliktbereich einen bedeutsameren Stellenwert einräumen.*

*Aufgrund der ansteigenden Bandenkriminalität in diesem Deliktbereich sollten auch die **Ermittlungsbefugnisse erweitert werden**. Banden agieren im Verborgenen und über Staatsgrenzen hinaus, die Strukturen sind nur schwer aufzudecken, was die Ermittlungsarbeit zusätzlich erschwert. Deshalb sollte die Strafprozessordnung in der Weise geändert werden, dass auch zukünftig bei Wohnungseinbrüchen die Überwachung der Telekommunikation möglich wird.*

## D. Effektiver Kampf gegen den internationalen Terrorismus

### I. Ausgangslage

In Syrien, im Irak und in anderen Ländern begehen dschihadistische Salafisten abscheuliche Gräueltaten. Bei ihren Verbrechen berufen sie sich auf den Islam und missbrauchen damit ihre Religion, um zügellose Gewalt, Vertreibung und Tod zu rechtfertigen. Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ beabsichtigt, ein Kalifat nach ihren radikalislamischen Vorstellungen aufzubauen und führt Krieg gegen alle Andersgläubigen und vermeintlich Unreinen, darunter auch viele Muslime. Der IS droht zum Vorbild in anderen Staaten zu werden, in denen zahlreiche Muslime oder fanatische Glaubensanhänger leben, auch in Europa. Hunderte junger Männer und Frauen aus Deutschland haben sich in Syrien oder anderswo dem Krieg gegen alle „Ungläubigen“ angeschlossen.

Auch in Europa und Deutschland selbst werden die Anhänger des extremistischen Salafismus aggressiver und gefährlicher. Die islamistischen Terroranschläge von Paris, Moskau, London, Madrid und anderen europäischen Städten, die Ermordung US-amerikanischer Soldaten am Flughafen Frankfurt am Main, der verhinderte Bombenanschlag im Bonner Hauptbahnhof oder Patrouillen einer selbsternannten Scharia-Polizei in Wuppertal zeigen eine erhebliche Gefährdung für die Sicherheit und die Freiheit der Menschen in Deutschland. Glücklicherweise konnten jüngst Konvertiten, die unter Terrorverdacht stehen, in Deutschland festgenommen werden.

Die Antwort hierauf muss klar sein: Salafismus und Islamismus haben in Deutschland keinen Platz. Sie müssen daher entschieden und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Nötig sind dazu verschiedene präventive und repressive Maßnahmen, die in Zusammenarbeit aller Länder und des Bundes umgesetzt und stetig fortgeschrieben werden müssen, auch von Rheinland-Pfalz.



## II. Unsere Forderungen im Einzelnen

### 1. **Zahlreiche Forderungen der CDU-Landtagsfraktion bereits auf Bundesebene umgesetzt**

Bereits Anfang dieses Jahres hatten wir in einem umfangreichen Antrag die Landesregierung im Landtag aufgefordert, **verschiedene Maßnahmen auf Bundesebene anzustoßen**. Dazu gehörte insbesondere die Forderung, die Ausreise gewaltbereiter Salafisten in Krisengebiete durch **Entzug des Personalausweises** zu verhindern sowie die Einführung der **Strafbarkeit** bei bloßer Absicht, in ein Ausbildungslager für Terroristen zu reisen. Die **Landesregierung lehnte unsere diesbezüglichen Forderungen ab**. Auf Bundesebene konnte diese Forderungen aber insbesondere durch die aktive Politik der CDU-Bundestagsfraktion doch umgesetzt werden. Die beschlossenen Maßnahmen bilden einen wichtigen Baustein bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und beim Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger.

### 2. **Dialog fördern und Aufklärung gegen Islamismus vorantreiben**

Radikaler Islamismus kann präventiv durch eine frühzeitige Aufklärung und Sensibilisierung unterbunden werden. Hier muss mit den Muslimverbänden in Dialog getreten werden, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

#### **Was wir wollen:**

*Der Dialog mit den Muslimverbänden am „Runden Tisch Islam“ sollte ausgebaut werden. Auch muss eine enge und fallbezogene Zusammenarbeit mit den Ausländer- und Einbürgerungsbehörden ermöglicht werden. Zudem sollen die Moscheevereine und muslimischen Glaubensgemeinschaften bei der Islamismusprävention unterstützt werden.*

### 3. **Präventionsnetzwerke mit Beratungsstellen für Angehörige und Programme zum Ausstieg aus dem Salafismus schaffen**

Einige Bundesländer haben aufgrund der oben genannten Entwicklung **Präventionsnetzwerke** gegen salafistische Radikalisierung eingerichtet oder planen dies zurzeit. So hat das Land Niedersachsen im April dieses Jahres eine Beratungsstelle gegen Islamismus geschaffen. Dort können sich Betroffene ohne die

Sorge melden, gleich vom Verfassungsschutz ins Visier genommen zu werden. Auch das Land Hessen hat im vergangenen Jahr ein solches Präventionsnetzwerk aufgebaut, in dessen Mittelpunkt eine zentrale Beratungsstelle und ein Fachbeirat stehen. Zu den Aufgaben gehören Präventions- und Interventionsmaßnahmen, insbesondere auch eine Beratung von Angehörigen und die Schaffung eines Ausstiegsprogramms für Radikalisierte.

In Rheinland-Pfalz hat die Anzahl der radikalen Salafisten, auch bei denjenigen, die dem gewaltbereiten Spektrum zuzurechnen sind, in den zurückliegenden Jahren stetig zugenommen. Zudem wurde seitens der Landesregierung bestätigt, dass in jüngster Zeit auch **radikale Salafisten aus den Krisengebieten nach Rheinland-Pfalz zurückgekehrt** sind. Von diesen Personen geht eine erhöhte Anschlagsgefahr aus. Auch wurden erste Islamisten aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in Deutschland festgenommen, die versucht haben, unbemerkt mit den Flüchtlingsströmen in unser Land zu gelangen. Radikale Islamisten versuchen, die Not der Flüchtlinge für ihre menschenverachtende Ideologie auszunutzen und sie für ihre Sache zu gewinnen.

Obwohl der Landesregierung diese Entwicklungen nicht unbekannt waren, hat sie **keine ausreichenden präventiven Maßnahmen ergriffen**. Weder gibt es derzeit ein Ausstiegsprogramm noch ein Präventionsnetzwerk in Rheinland-Pfalz. Das hat die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion „Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus“ (Drs. 16/5009) bestätigt. Viel zu geringe Mittel wurden für diesen Bereich im Haushalt veranschlagt bzw. von der Landesregierung abgerufen. Notwendig sind deshalb zahlreiche präventive Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen.

**Was wir wollen:**

*Auch in Rheinland-Pfalz sollte zeitnah ein Präventionsnetzwerk eingerichtet werden, das insbesondere auch eine Beratung von Angehörigen und die Schaffung eines Ausstiegsprogramms für Radikalisierte umfassen soll.*

#### 4. Maßnahmen im Bildungsbereich

Gerade die schulische Bildung vermittelt jungen Menschen Werte und gibt Ihnen Gelegenheit, extremistisches Gedankengut zu hinterfragen. Die Werte unserer Verfassung müssen deshalb noch stärker im schulischen Alltag vermittelt werden, bspw. durch verstärkte Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten, die in den schulischen Alltag integriert werden können. Zudem ist es unabdingbar, sich in der Schule verstärkt mit den verschiedenen politischen und kulturellen Konzepten, aber auch religiösen Bekenntnissen auseinanderzusetzen und sich mit philosophischen und religiösen Fragen zu beschäftigen. Dazu gehören auch eine Auseinandersetzung mit extremistischen Tendenzen bei den verschiedenen Religionen, die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie sowie die Auseinandersetzungen mit religiös motiviertem Terrorismus.

##### **Was wir wollen:**

*Ergänzend zu den bereits vorhandenen Weiterbildungsangeboten für Lehrkräfte im Bereich der Prävention sollten **islamkundliche Elemente und interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen als Pflichtmodule** in die Lehrerausbildung integriert werden. Um frühzeitig extremistische Tendenzen in der Schule erkennen zu können, sollten bei der **ADD feste Ansprechpartner für die Islamismusprävention** benannt werden. Diese sollten im Bereich der Prävention besonders ausgebildet sein und individuelle Präventions- und Integrationsstrategien entwickeln. Zudem sollte ein **Handlungsleitfaden zum Umgang mit islamistischen Tendenzen in der Schule** erarbeitet werden.*

#### 5. Außerschulische Jugend- und Sozialarbeit

Auch im Bereich der außerschulischen Jugend- und Sozialarbeit müssen verstärkt Maßnahmen ergriffen werden. Denn durch eine engagierte Jugendarbeit können junge Muslime Verantwortung übernehmen und in die Gemeinden integriert werden.

##### **Was wir wollen:**

*Angebote in Jugendzentren müssen ausgebaut, insbesondere in sozialen Brennpunkten und Präventionsprojekte von Jugendzentren und Jugend- und Sportverbänden gefördert werden. Zudem sollte auch bei den ehrenamtlichen Hilfsorganisationen*

*und Sportvereinen sowie kulturellen Vereinen die Integrationsarbeit, die in weiten Teilen schon gut funktioniert, weiter ausgebaut werden.*

## **6. Kommunale Strukturen schaffen und vernetzen**

Im Rahmen der Präventionsarbeit dürfen nicht alle Aufgaben ausschließlich den Moscheevereinen und muslimischen Glaubensgemeinschaften aufgebürdet werden. Auch wir als Gesellschaft haben den ganzheitlichen Auftrag, uns im Bereich der Extremismusprävention zu engagieren.

### **Was wir wollen:**

*Es müssen auch vor Ort in den Kommunen Ansprechpartner vorhanden sein, die im Bedarfsfall beratend zur Seite stehen. Ein **kommunales Beratungsnetzwerk** könnte sich dabei aus Vertretern aus den Bereichen der Sozialarbeit, Schulen, Jugendhilfe und Eltern zusammensetzen.*

## **7. Wiedereinführung der Strafbarkeit des Werbens für in- und ausländische terroristische Vereinigungen**

Auch die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen steht nach geltendem Strafrecht nicht unter Strafe. Gerade diese Werbung bereitet den Nährboden für terroristisches Gedankengut unter sollte ebenfalls wieder unter Strafe gestellt werden. Insbesondere in Zeiten des Internets und der sozialen Medien ist dies nötiger denn je.

### **Was wir wollen:**

*Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, eine Gesetzesinitiative zur Einführung der Strafbarkeit von Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen in den Bundesrat einzubringen.*

## **8. Terroristen die finanziellen Grundlagen entziehen**

Wir können den Terrorismus an seiner Wurzel bekämpfen, wenn wir den Terroristen ihre finanziellen Grundlagen entziehen. Dabei müssen wir international Maßnahmen abstimmen, um die Finanzströme von Terrororganisationen zu unterbinden. Auch in diesem Bereich müssen wir zur effektiven Durchsetzung der genannten Maßnahmen einen neuen Straftatbestand der Terrorismusfinan-

zierung einführen. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, einen solchen Straftatbestand schaffen zu wollen.

**Was wir wollen:**

*Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, die geplante Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur **Einführung eines neuen Straftatbestands der Terrorismusfinanzierung** im Bundesrat zu unterstützen.*

## **9. Entzug der Staatsangehörigkeit**

Radikale Islamisten, die aus dem Dschihad in unser Land zurückkehren, sind potentielle Attentäter. Diesen Personen muss mit den Mitteln unseres Rechtsstaates effektiv gegenübergetreten werden. Nach derzeitiger Gesetzeslage verliert ein deutscher Staatsangehöriger, der eine doppelte Staatsangehörigkeit besitzt, die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn er in die Streitkräfte eines fremden Staates eintritt und die Staatsangehörigkeit dieses Staates besitzt.

**Was wir wollen:**

*Wer in der Armee einer Bürgerkriegspartei wie der Terrormiliz „Islamischer Staat“ seinen Dienst verrichtet, kämpft letztlich auch in einer „fremden“ Armee, auch wenn diese nicht einem völkerrechtlich anerkannten Staat zuzurechnen ist. Auch in diesen Fällen sollte deshalb der **Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit** ermöglicht werden, um unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Auch ein Wiedereinreiseverbot für Rückkehrer aus dem Dschihad sollte im Rahmen des rechtlich Möglichen für Nichtdeutsche in Betracht gezogen werden. Wir dulden in unserem Rechtsstaat keine Personen, die unsere Freiheitsrechte ausnutzen, um unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu bekämpfen. Dies wäre Toleranz an der falschen Stelle.*

## **10. Verbesserung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit**

Die Sicherheit unseres Landes wird nicht nur durch die Arbeit unserer inländischen Sicherheitsbehörden gewährleistet. Internationaler Terrorismus muss länder- und staatenübergreifend bekämpft werden.

### **Was wir wollen:**

*Die Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden der Bundesländer und Staaten muss enger, aber auch vertrauensvoller gestaltet werden. Dabei müssen zwischen den Staaten Standards vereinbart werden, um auch die Rechte der Bürgerinnen und Bürger hinreichend zu achten.*

### **III. Fazit**

Die Bekämpfung des Islamismus ist nicht nur Aufgabe der Sicherheitsbehörden, sondern muss ein Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger sein. Alle gesellschaftlichen Akteure sind daher gefordert, in Wort und Tat klare und unmissverständliche Zeichen gegen Islamismus zu setzen und die freiheitlich demokratische Grundordnung in unserem Land zu verteidigen. Islamische Theologie und die Islamverbände sind in der Pflicht, fundamentalistischen Extremisten den Nährboden zu entziehen und einem Islamverständnis, welches geistige Grundlage für Entwicklungen hin zum gewaltbereiten Extremismus ist, entgegen zu wirken.

Die oben genannten Maßnahmen erachtet die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz als sinnvoll und notwendig, um dem radikalisierten Islamismus entschieden durch Prävention, aber auch mit den repressiven Mitteln unseres Rechtsstaates entgegenzutreten.

## E. Die CDU-Landtagsfraktion als treibende Kraft bei der Gewährleistung der „Inneren Sicherheit“

Die CDU-Landtagsfraktion ist in Rheinland-Pfalz die treibende Kraft bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Die Landesregierung läuft unseren Forderungen hinterher und setzt die Sicherheit im Land aufs Spiel.

Der Innenminister hat Anfang des Jahres ein Sicherheitspaket vorgestellt, welches weit hinter den Anforderungen im Polizeibereich zurückbleibt. Die wenigen Maßnahmen, die er in seinem Päckchen angekündigt hat, wurden fast alle bereits von der CDU-Landtagsfraktion in den letzten Jahren gefordert und alleamt damals von der rot-grünen Mehrheit abgelehnt oder nicht aufgegriffen:

1. Die CDU-Landtagsfraktion hat im Oktober 2014 im Landtag gefordert, die **Polizei von polizeifremden Aufgaben entlasten**, z.B. bei der Begleitung von Schwertransporten (Drs. 16/3983) – damals von Rot/Grün abgelehnt, jetzt von der Landesregierung übernommen.
2. Die CDU Landtagsfraktion hat im Oktober 2014 im Landtag gefordert, unsere Polizeibeamtinnen und -beamten zu deren Schutz mit **Body Cams** auszustatten (Drs. 16/3983) – damals von Rot/Grün abgelehnt, jetzt von der Landesregierung übernommen.
3. Die CDU Landtagsfraktion hat im Oktober 2014 im Landtag gefordert, **den Anteil der Beamtinnen und Beamten aus Zuwandererfamilien zu erhöhen** (Drs. 16/3983) - damals von Rot/Grün abgelehnt, jetzt von der Landesregierung übernommen.
4. Die CDU-Landtagsfraktion hat am 27.1.2015 insgesamt **300 Neueinstellungen bei der Polizei** gefordert und diese Forderung am darauffolgenden Tag im Landtag unterstrichen. Der Innenminister hat diese Forderung im Landtag zurückgewiesen und seine Einstellungspolitik bei der Polizei gelobt – am 30.1.2015, zwei Tage später, kündigt er in seinem Sicherheitspaket 75 Neueinstellungen in den kommenden beiden Jahren an, die aber bei

weitem nicht reichen, um die derzeitige Personalsituation in den Griff zu bekommen.

## **F. Parlamentarische Initiativen der CDU-Landtagsfraktion in der 16. Wahlperiode im Bereich Inneres, Polizei und Rettungsdienste**

### **Große Anfragen**

- Situation der Polizei in Rheinland Pfalz, Drucksache 16/3061
- Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz, Drucksache 16/5211
- Situation der Freiwilligen Feuerwehren in Rheinland-Pfalz, Drucksache 16/5475

### **Anträge**

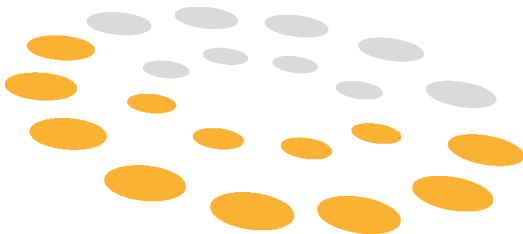
- Neuen Bedrohungen durch extremistische Tendenzen entschieden entgegenwirken – Herausforderungen für einen effektiv arbeitenden Verfassungsschutz in Rheinland-Pfalz, Drucksache 16/649
- Erschütterung über Ausmaß rechtsextremer und terroristischer Gewalt – Konsequentes Handeln in Rheinland-Pfalz, Drucksache 16/652
- Prüfung der beabsichtigten Schließung des Bereitschaftspolizeistandes Schifferstadt durch eine unabhängige Kommission, Drucksache 16/1191
- Schüler besser vor sexuellem Missbrauch schützen – Strafbarkeitslücke schließen, Drucksache 16/1192



- Stalking-Opfer besser schützen, Drucksache 16/2734
- Verbesserung der Situation der rheinland-pfälzischen Polizei – Maßnahmen gegen die angespannte Personalsituation und die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, Drucksache 16/3983
- Situation der Prostituierten in Rheinland-Pfalz – Maßnahmen zur Verbesserung der rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten, Drucksache 16/4052
- Erstarben der Terrorgruppe „Islamischer Staat! – Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten, Drucksache 16/4054
- Kriminalität und Terrorismus wirksam bekämpfen – Vorratsdatenspeicherung in engen Grenzen wieder einführen, Drucksache 16/4511
- Terrorismus effektiv bekämpfen – Konkrete Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene umsetzen, Drucksache 16/4516
- Einsatzfähigkeit der rheinland-pfälzischen Polizei sicherstellen, Drucksache 16/4612
- Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz – Steuerliche und finanzielle Anreize für Investitionen in die Einbruchsicherung schaffen; Drucksache 16/4938
- Kinder schützen – Verbindungsdaten speichern, Drucksache 16/4940
- Steigende Gewalt gegen Polizisten – Eigenen Strafbestand einführen, Drucksache 16/5031
- Cyberkriminalität besser bekämpfen – für eine bessere personelle Ausstattung von Polizei und Justiz, Drucksache 16/5183

- Einsatzmittel und sachliche Ausstattung bei der rheinland-pfälzischen Polizei – konkrete Verbesserungen umsetzen, Drucksache 16/5780
- Effektives Vorgehen gegen Rechtsextremismus – bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz, Drucksache 16/5781





**CDU-Fraktion**  
**Landtag Rheinland-Pfalz**  
**Kaiser-Friedrich-Straße 3 55116 Mainz**  
**T: 06131 / 208-3309 F: 06131 / 208-4309**  
**[www.cdu-fraktion-rlp.de](http://www.cdu-fraktion-rlp.de)**

Stand: November 2015